

Bewegungsfreiheit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande zur Anwendung zu bringen, daß der Versailleser Vertrag ungelassen hat. Diese Erkenntnis trug schließlich doch den Sieg davon über die Ungenügsamkeit des französischen Generalsstabes, der die Sicherheit der Republik auch vor dem völlig zu Boden geworfenen Deutschland nur mit militärischen Mitteln gewährleistet sehen wollte. Damit ist es, zunächst wenigstens, vorbei; und wenn der Tag von Spaa gekommen ist, können die deutschen Staatsmänner sich in dem Bewußtsein an den Ententisch setzen, daß ihre entscheidende Haltung in dieser Frage sich wieder einmal als die einzig richtige erwiesen hat. Genau so wie in der Kustlieferungfrage. Was hoffentlich in Zukunft nicht wieder vergessen werden wird.

Wenn wir nun aber vorwärtskommen wollen, müssen wir uns hüten, bei dem, was hinter uns liegt, nun noch lange mit mehr oder weniger schönen Reden zu verweilen. Wir sollen auch nicht von einem großen Siege der Deutschen sprechen, weil es keinen Sinn hat, Empfindlichkeiten zu reizen, oder von einer Niederlage der Franzosen gegenüber ihren Bundesgenossen, die ganz gewiß alles, was nur irgendwie in ihren Kräften steht, tun werden, um Herrn Millerand die bittere Pille, die sie ihm aufgebietet haben, zu verschlucken. Auf unsere Kosten selbstverständlich. Die überaus umständlichen und sorgfältigen Vorbereitungen der Konferenz von Spaa weisen schon zur Genüge darauf hin, daß, was den Franzosen mit der einen Hand genommen wurde, ihnen mit der anderen Hand wieder gegeben werden soll. Und in dem Augenblick, wo selbst in Italien sogar die Möglichkeit einer nationalpolitischen Politik wieder drohende Gestalt annimmt, haben wir alle Veranlassung, uns an ruhiger, kühler und besonnener Würdigung der Gesamtlage uns von keinem anderen Volke abtrennen zu lassen. Vielleicht trägt der Wahlkampf, in den wir jetzt mehr und mehr hineingeraten, dazu bei, die allgemeine Aufmerksamkeit von diesen einer sehr delikaten Behandlung bedürftigen Fragen abzulenken. Wenn irgendeine, so muß diese Aufgabe unserer auswärtigen Politik, die in Spaa zu lösen wird, dem Parteikampf und dem Zeitungskrieg nach Möglichkeit entrückt bleiben. Lassen wir die Franzosen in Frieden stehen, obwohl sie in Unfrieden gekommen sind. Lassen wir sie sich auch noch einmal ins Unrecht setzen, indem sie sich der hervorragenden Frankfurter so lange als Geiseln festhalten, bis die Räumung vollzogen ist — umso deutlicher wird es von der ganzen Welt empfunden werden, wie unflätig und wie unbegründet diese ganze militärische Aktion gewesen ist. Aber führen wir ihren Abzug weder durch Worte noch durch Taten — je lautloser er vollzogen geht, desto besser für uns.

#### Die Räumung Frankfurts

Durch die Franzosen begann Montag früh 5 Uhr in aller Stille. Die Truppen marschierten nicht in geschlossenen Kolonnen mit Musik ab, sondern in kleinen Gruppen, nur dann und wann hörte man die Marschmusik einer Musikkapelle. Die sechs von der französischen Oberleitung in Gewahrsam genommenen Geiseln der Regierung — Präsident, der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident, die Stadtvorordneten Dopp und Rumpf und ein Stadtrat. Die Wachen wurden überall um 7 Uhr aufgehoben. Die letzte Hauptwache an der Oper, die von den Belgiern gestellt war, verließ lautlos um 7.10 Uhr den Platz. Nur wenige Reuiger hatten sich auf den Straßen versammelt, besonders vor dem Stabsquartier. Die Fahnen waren schon am Sonntag überall eingezogen worden. Um 9 Uhr verließ der Kommandierende General der 11. französischen Infanteriedivision, General Vidalon, mit seinem Stabe und dem Platzkommandanten Frankfurts, nachdem er die Geiseln, die sich vor 7 Uhr im Stabsquartier versammelt hatten, mit den Worten: „Ich danke Ihnen, meine Herren! Sie sind frei!“ entlassen hatte. Es ist kein Zwischenfall vorgekommen. Dagegen wurde am Sonntag noch bei einer Schlägerei eine Frau durch betrunkenen Soldaten erschossen. Die deutsche Militärkommission erklärt zwei Bekanntmachungen, mit der Aufforderung an alle Personen, die vom 6. April bis 18. Mai französisch oder belgische Einquartierung, sei es auch nur für Tage, gehabt oder durch die Befragung Sachschaden irgendwelcher Art erlitten haben, ihre Ansprüche anzumelden.

Darmstadt wurde im Laufe des Montagvormittags ebenfalls geräumt, ebenso Hanau.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

• **Allmählicher Abbau der Zwangswirtschaft.** Die in Berlin abgehaltene Konferenz der Ernährungsminister der Einzelstaaten gründlich den Ausführungen des Reichsministers für Ernährung zu, daß mit allen Kräften dahin getrebt werden müsse, die Zwangswirtschaft so bald wie möglich überflüssig zu machen, und daß der beste Weg hierzu eine tatkräftige Förderung der Landwirtschaft sei. Für die Getreidebewirtschaftung wurde vom Reichsminister der Entwurf einer Getreidebewirtschaftungsordnung für die Ernte 1920 vorgelegt. Dieser hält für Brotgetreide an dem bisherigen Bewirtschaftungssystem fest. Ferner wird der Oker wieder in die Zwangsbewirtschaftung einbezogen. Dagegen sollen Sämlingsfrüchte freigelassen werden. Die Versammlung stimmte diesem Entwurf in wesentlichen zu. Für die Kartoffelbewirtschaftung wurde ein Plan vorgelegt, bei der Erhebung der Zwangswirtschaft durch ein System von Lieferungsverträgen bezweckt, und zwar soll auf die Zwangswirtschaft verzichtet werden, wenn die Landwirtschaft auf diesem Wege bis zum 1. August 1920 120 Millionen Zentner zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt. Dieser Plan fand in der Versammlung geteilte Aufnahme und starke Bedenken wurden laut. Man hofft aber auf Milderung der Zwangswirtschaft noch in diesem Jahre. Für die Fleischbewirtschaftung erklärte sich die Versammlung mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Preisobergrenze einverstanden. Die Entwürfe über die Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung werden baldigst dem Reichsrat vorgelegt.

• **Zu den Vorgängen in Saengerhausen** wird von halbamtlicher Seite erklärt, die ersten Meldungen hätten ein unrichtiges Bild ergeben. Nach zuverlässigen Informationen dürfte es sich überhaupt um keinen politischen Versuch handeln. Vielmehr sind die Geldverpressungen, die sich beständig, von drei gewöhnlichen Verdächtigen begangen worden, die mit Politik nichts zu tun, sondern sich höchstens ein politisches Mäntelchen umgehängt haben. Zwei von den Missetätern sind hinter Schloß und Riegel gebracht.

• **Bei der Neuwahl des Landtags in Mecklenburg-Strelitz** wurde die bisherige Mehrheit der Sozialdemokratie bestätigt. Gewählt wurden voraussichtlich für die S. V. D. 15 (bisher 18 von 35 Mandaten), für wirtschaftl. Vereinigung (Reichsparteien) 10, Demokraten 6, Handwerkergruppe 4, Unabhängige 1 Abgeordnete. Insgesamt erhielten (es fehlen nur noch wenige unbedeutende Orte) die Reichssozialisten 22 364, die Unabhängigen 2288, die Wirtschaftliche Vereinigung 12 709, die Demokraten 7784, die Gruppe „Handwerk und Gewerbe“ 6160, die Rentner 1153 Stimmen.

• **Die Landtagswahlen in Braunschweig** ergeben eine Zunahme der Stimmen für die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Abgegeben wurden an Stimmen für den Landesverband (vereinigte Reichsparteien) etwa 74 000 Stimmen, für die Unabhängigen 72 000, Sozialdemokraten 27 020, Demokraten 18 540, Kommunisten 2870. Voraussichtlich erhalten von den 60 Mandaten der Landesverband 23 bis 24, die Unabhängigen 23, Sozialdemokraten 7 bis 8, Demokraten 6, die Kommunisten keines, 1918 erhielt die Sozialdemokratie 17, der Landesverband 16, die Unabhängigen 14 und die Demokraten 13 Sitze.

#### Freistaat Danzig.

• **Volkswahlvertretungs-Wahlen.** Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Volksvertretung, die aus 120 Abgeordneten bestehen soll, siegte die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Die Deutschnationalen erhielten 84, die Unabhängigen 21, die S. V. D. 19, das Zentrum 17, die Freie wirtschaftliche Vereinigung 12, die Demokraten 10, die polnische Partei 7 Mandate.

### Was soll Deutschland zahlen?

#### Die Beschlüsse von Folkestone.

Englands und Frankreichs führende Staatsmänner haben Folkestone wieder verlassen. Ihre Besprechungen mit Hinsicht auf die vorläufig noch immer nicht im Termin feststehenden Besprechungen von Spaa haben zu einer amtlichen Schluss-erklärung geführt, in der gesagt wird:

Die englische und die französische Regierung erkennen an, daß es im allgemeinen Interesse liegt, daß die Wiederaufnahme der durch den Krieg verursachten Schäden unverzüglich sichergestellt wird, und daß zu diesem Zweck die nötigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden. Sie erkennen ferner an, daß es wünschenswert ist, daß Deutschland in den Stand gesetzt werde, durch eine rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Selbstständigkeit wiederzuerlangen. Die Regierungen glauben übrigens, daß, um eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die allgemeine Weltlage schwer belasten, herbeizuführen, und um endgültig eine Ära des Friedens herbeizuführen, es notwendig sei, zu einer Regelung der Gesamtheit aller internationalen durch den Krieg verursachten Schäden zu kommen, und daß es parallel damit notwendig sei, die Vereinfachung der Kriegskosten der alliierten Länder und der Wiedergutmachungssachen der Mittelmächte sicherzustellen. Infolgedessen werden die Sachverständigen der beiden Länder damit beauftragt, sofort ihren Regierungen zur Prüfung den Minimalbetrag der deutschen Schuld, der sowohl von den Alliierten angenommen werden könne, als auch vereinbar sei mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, vorzuschlagen, des ferneren die Zahlungsmöglichkeiten und die bestmögliche Art, diese Schuld flüssig zu machen, zu bestimmen.

Übermäßige Klarheit bringt auch diese Erklärung noch nicht, wenn auch die Anschauung interessant ist, daß die Abhebung der gesamten Kriegsschuld nur durch internationale Regelung erfolgen kann und daß Deutschland in den Stand gesetzt werden muß, das zu zahlen, was es zahlen soll oder muß. Man darf ihm Ernährungs- und Arbeitsmöglichkeiten nicht verkümmern! Wenn dieses Prinzip — woran man nach täglich zweifeln kann — wirklich durchgeführt würde, könnte man endlich vom beginnenden Frieden reden. Das Remagorfer Sensationsblatt „Der Welt“ vertritt, von Deutschland würden 90 Milliarden Goldmark, zahlbar in dreißig Jahreszahlungen als Entschädigung verlangt werden. Deutschland soll ermächtigt werden, die beiden ersten Zahlungen durch zwei von den Alliierten garantierte internationale Anleihen zu begleichen. Über das ist die Nachricht einer äußerst verdächtigen Quelle, zumal die Alliierten betonten, die Beratungen über Deutschlands Zahlungspflicht sollten erst in Spaa endgültige Beschlüsse gefassen. Wann aber die Konferenz in Spaa wirklich auskande kommt, schlummert im Schoß der Zeiten.

#### Rah und Fern.

• **Wohlfahrtspende für das Saargebiet.** Das saarländische Mitglied der Regierungskommission im Saargebiet, Herr v. Boch, hat den größten Teil seines vom Wälderbund auf 100 000 Franc festgesetzten Jahreseinkommens der Abteilung für Wohlfahrt der Saarregierung zur Verwendung für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

• **Wie die Alten tunen...** In Pölsitz war ein Karussell infolge eines Unfalls, bei dem mehrere Kinder Verletzungen erlitten hatten, von der Polizei gesperrt worden. Am nächsten Abend demonstrierte ein Zug von etwa 150 Kindern in den Straßen und verlangte vor dem Hause des Bürgermeisters die Freigabe des Karussells.

• **Lebensmittel für Kaiserandenken.** In Remagor wird demnächst eine Versteigerung von Möbeln und Kunstgegenständen aus dem ehemaligen Kaiserpalast in Potsdam stattfinden. Der derzeitige Besitzer dieser Gegenstände erklärte, daß er die Erlaubnis zur Ausfuhr nur unter der Bedingung erhalten habe, daß für den Erwerb Nahrungsmittel für Deutschland gekauft werden.

#### Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, Schweizer und französische Franc und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ — angeboten; „Gold“ — gefucht.)

Währungsart	17. 5.		15. 5.		Stand 1. 9. 14
	Geld	Preis	Geld	Preis	
Holland .. Gulden	1773,20	1776,80	1788,20	1791,80	170 Wfr.
Dänemark .. Kronen	806,70	800,30	814,20	815,60	112 "
Schweiz .. Franc	—	—	806,80	808,40	80 "
Amerika .. Dollar	—	—	48,95	49,05	4,40 "
England .. Pfund	185,80	188,20	184,80	188,20	20,20 "
Frankreich .. Franc	—	—	331,65	332,80	80 "
Italien .. Lire	295,75	296,25	295,75	296,25	80 "
Österreich .. Kronen	23,29	23,36	23,32	23,24	85 "

### Neueste Meldungen.

#### Zuschlagene Schleswiger.

Hensbüttel, gegenüber den Veränden, die Einwohner der vier Kirchspiele südlich der Clausenlinie: Wostoft, Medelbo, Ladelund und Süderlügum für die Annexion des Gebiets an Dänemark zu gewinnen, ist seitens der Bevölkerung selbst eine entscheidende Rundgebung erfolgt. Von den 1800 einheimischen Stimmberechtigten der vier Kirchspiele haben 1460 schriftlich darum ersucht, bei Deutschland zu verbleiben.

#### Verstärkte Kontrolle der Rheingrenze.

oblenz. In einer Besprechung zwischen dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete und Vertretern der Reichsregierung wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Ein- und Ausfuhr aufgestellt. Es soll eine Vorkontrollkommission des Kommandos aufgestellt werden, um

den Grenzverkehr zu überwachen. Auch die vorerwähnten sollen schärferer Kontrolle unterliegen, da sie hauptsächlich für Schmuggel mit Luxuswaren und Kohlen in Betracht kommen.

#### Erzberger für Linkspolitik des Zentrums.

Stuttgart. Erzberger erklärte in einer Rede vor seinen Wählern in Wiberach, die Zentrumspolitik werde demokratisch sein oder sie werde nicht sein. Es bestehe die Gefahr, Millionen von Arbeitern abzuwenden zu sehen. Weber wolle man einige hundert rechts gerichtete Wähler als die Arbeiterstimmen verlieren. Die Neuwahlen müßten wieder eine Koalitionsregierung von Zentrum, Demokraten und Reichssozialisten bringen, eventuell unter Hinzuziehung der nationalen Volkspartei.

### Letzte Drahtberichte

#### des „Wilsdruffer Tageblattes“.

#### Der Reichsrat gegen eine Bezahlung der Generalfreikräfte.

Berlin, 18. Mai. (tu.) Der Reichsrat hat gestern mit 39 gegen 15 Stimmen die Bezahlung über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalfreikreises abgelehnt.

#### Französische Anerkennung Litauens.

Kowno, 18. Mai. (tu.) Der französische Ministerpräsident hat der litauischen Vertretung in Paris brieflich mitgeteilt, daß die französische Regierung Litauen de facto anerkenne und beabsichtige, in kurzer Zeit die Vorlage über die Anerkennung de jure aufzuwerfen.

#### Die Türken rüsten zum Kampfe.

Rom, 18. Mai. (tu.) Eine Athener Depesche der Epoche meldet: Ganz Thrazien steht wie ein Mann gegen die Griechen auf. Die Erhebung wird von türkischen Offizieren geleitet. Die bisher von der Zensur gekennbete Athener Presse greift schonungslos Benizelos Großgewohn an, der Griechenland in das Verderben stürze.

### Aus Stadt und Land.

#### Wilsdruff, den 18. Mai 1920.

— **„Die wilde Hummel“.** Mit gestrigem Tage hat sich „Die Tochter der Heimatlosen“ verabschiedet, sehr zum Leidwesen vieler Leserinnen und Leser, die dieses liebevolle Kind der Muse liebgewonnen hatten. Wir haben uns redlich um vollwertigen Ersatz bemüht und in dem Werke eines unserer besten Schriftsteller auch gefunden. In der nächsten Nummer beginnen wir mit dem Abdruck des Romans „Die wilde Hummel“ von Erich Freisen. Freisen hat der Leserschaft schon manches schöne Buch beschert, aber etwas Herzliebteres als „Die wilde Hummel“ ist uns noch kaum begegnet. Der furtive Titel paßt ausgezeichnet zu dem ganzen Milieu, zu dem „Sonnenschein“ und „Glück“, so das prächtige Apoptotikid des unwahrscheinlichen Tropenlandes adliberal da verbreitet, wo es in die Erscheinung tritt. „Die wilde Hummel“ ist Diane Arendale, das vergötterte „Mündel“ der biedereren Goldgräber, für die ein jeder von ihnen unbedenklich sein Herzblut dahingibt. Auch unsere Leser werden sie bei der Lektüre gewiß bald ebenso ins Herz schließen, wie eine der Hauptfiguren des Romans, Norbert v. Achenbach und den treuen Beschützer seines Pflüglings, Karl Heinjuss, den biedereren, inorigen Deutschen, den ins Kapland verschlagenen Goldgräber. Wir sind sicher, auch mit diesem Roman wiederum eine Erweiterung für unsere verehrlichen Leser gemacht zu haben, die ihnen eine bis zum Schluß andauernde Lesereise bester Art bereiten wird.

— **Vertragsloser Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen.** Der vom Verbands der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen nach Leipzig einberufene Beirat beschloß den Eintritt des vertragslosen Zustandes am 25. d. M. mittags 12 Uhr. Er sei damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Kassenvorstände oder der Regierung nochmals Einigungsverhandlungen mit den Kassen in einem parlamentarischen Ausschuss oder mit einem von beiden Teilen vereinbarten Vorsitzenden versucht werden. Bedingung sei, daß dort über sämtliche Streitpunkte, darunter über die Frage der freien Arztwahl, verhandelt werde und daß vor Beendigung dieser Verhandlungen von der Regierung keinerlei Maßnahmen getroffen würden, die in den schwebenden Streit eingreifen. Die für die schiedsgerichtliche Behandlung der Honorarfrage vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtsätze seien völlig unannehmbar.

— **Die Umsatzsteuer (Vorzugssteuer-)pflicht des Privatmannes.** Schon nach dem Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 unterlagen Privatpersonen für Lieferungen gewisser Gegenstände der Umsatzsteuer nach einem erhöhten Satze. Das am 1. Januar 1920 in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz hat die Steuerpflicht der vorgenannten Personen in § 23 Abs. 1 Nr. 3 erneut festgesetzt und den Kreis der Gegenstände, bei deren entgeltlicher Lieferung die Steuer nach dem erhöhten Satze von 15 Prozent zu zahlen ist, wesentlich erweitert. Auf die näheren Bestimmungen im amtlichen Teile weisen wir hin.

— **Aufhebung der Beschlagnahme der Schafe.** Durch eine Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums wird, nachdem die zur Erfüllung des Friedensvertrages vom Freistaat Sachsen angeforderten Schafe abgeliefert worden sind, das mit 2. März d. J. erlassene Schafverbot für Schafe und ebenso die Beschlagnahme der Schafe wieder aufgehoben.

— **Prämien für die Ausdeckung heimlicher Schlachtungen.** Wie das sächsische Wirtschaftsministerium bekannt gibt, gewährt der Vorstand des sächsischen Viehhandelsverbandes allen denjenigen Personen Geldbelohnungen, durch deren Bemühungen heimliche Schlachtungen so aufgedeckt werden, daß die Schuldigen bestraft werden können. Ein klagbarer Anspruch auf die Auszahlung solcher Belohnungen besteht jedoch nicht.

— **Sächsischer Vertretung im Reichswirtschaftsrat.** Die lang erwartete Verordnung der Reichsregierung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist nunmehr in dem am 7. Mai 1920 in Berlin herausgegebenen Reichsgesetzblatt erschienen. Die Berufsgruppen und Interessentenverbände Sachsens werden besonders auf ihren Artikel 4